

Blickpunkt FDP

Freie Demokratische Partei – Bezirksverband Reinickendorf
Nr. 1/2015 Januar 2015

Dreikönigstreffen: Ein gelungener Auftakt in das Jahr 2015

Ein professionelle, sehr gute Inszenierung, eine inspirierende Rede von Christian Lindner und - was eigentlich am wichtigsten ist – eine breite, wohl wollende, zum Teil sehr positive Presseberichterstattung. Das ist die Bilanz des diesjährigen Dreikönigstreffens. Kurz um, ein gelungener, motivierender Auftakt in das Jahr 2015.

Sollten einige im Vorfeld die Befürchtung gehabt haben, Dreikönig würde nur als Marketingveranstaltung zur Präsentation eines neuen Öffentlichkeitsbildes inklusive eines neuen Logos dienen, wurden diese wie ich finde eindrucksvoll eines besseren belehrt. Es sollte kein Zweifel bestehen, am Ende stand eine in Stil und Inhalt beeindruckende Rede des Bundesvorsitzenden. Von der Wirtschaftspolitik über Bildungsfragen hin zur Integrationspolitik, liberale Politik kann nur als breite gesellschaftliche Auseinandersetzung erfolgreich sein. Modern, selbstbewusst ohne Übermut und optimistisch war der Auftritt unserer FDP.

Für die anstehenden Wahlen in Hamburg und Bremen haben wir ausgezeichnete Kandidatinnen. Und die jüngsten Umfragen geben wieder Mut, dass

Katja Suding und die Hamburger Parteifreunde endlich die verdienten guten Wahlergebnisse einfahren können, die wir so dringend brauchen.



Denn im Augenblick scheint es vor allem der Genosse Trend zu sein, der uns zu schaffen macht.

Einladung zur parteiöffentlichen Sitzung des Bezirksausschusses

Liebe Parteifreundinnen und -freunde,

im Einvernehmen mit dem Bezirksvorsitzenden lade ich die Delegierten und auch alle anderen Mitglieder der Reinickendorfer FDP zu einer zusätzlichen Sitzung des alten Bezirksausschusses ein. Diese Sitzung ist notwendig, um die Fusionsbeschlüsse der Ortsverbände Heiligensee und Frohnau vom 12. Januar 2015 noch vor den Jahreshauptversammlungen 2015 der Gliederungen zu bestätigen und dadurch zur Wirkung zu bringen. Eingänge, Mitteilungen, Berichte und dergleichen können bei Bedarf unter TOP 3 erledigt werden.

Zeit: Donnerstag, 29. Januar 2015, 19.30 bis ca. 20 Uhr

Ort: „Ratsschänke“, Ratskeller, Eichborndamm 215 (Wittenau)

Tagesordnung:

- (1) Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung
- (2) Beschluß nach § 63 Absatz 3 der Landessatzung – Zustimmung zur Verschmelzung von Ortsverbänden
- (3) Termine, Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Harald Krebs, Sprecher

Vorankündigung: Die Jahreshauptversammlung des neuen Bezirksausschusses findet am 26. Februar statt.

Vieles hat die Bundespartei in den vergangenen Monaten angestoßen und umgesetzt, um die Voraussetzungen für gute Wahlergebnisse zu bereiten. Aber am Ende des Tages braucht es ein starkes Signal an die Menschen, dass man mit der FDP wieder rechnen kann. Hamburg könnte so ein Signal sein.

In Reinickendorf werden wir uns nun wieder den Themen und Kampagnen zuwenden, die uns auch hier auf die Erfolgsspur zurück bringen sollen. Hier sind die beiden neuen Ortsverbände und ihre Mitglieder zusammen mit dem Bezirksvorstand gefordert. Wenn der Bezirksausschuss die Fusion von Frohnau und Heiligensee bestätigt, wird die Strukturfrage im

Bezirksverband geklärt sein. Dann soll unsere volle Kraft auf das Wirken nach außen gerichtet sein. Schließlich machen wir nicht Politik für uns, sondern für die Bürgerinnen und Bürger.

Lassen Sie mich an dieser Stelle jedoch noch einmal allen Parteifreunden danken, die sich so engagiert für eine neue Struktur im Bezirksverband Reinickendorf eingesetzt haben.

Auf ein erfolgreiches Jahr 2015 für uns

FREIE DEMOKRATEN.

Ihr Andreas **Vetter**, Bezirksvorsitzender

Essay über die Angst als Faktor in der Politik

Menschliches Verhalten ist immer wieder von Emotionen bestimmt. Angst ist eine starke Emotion. Menschen haben vor vielem Angst: Atomkraft, Machtverlust, genveränderten Lebensmitteln, Fracking, Klimawandel, CO₂-Verpressung, gewaltbereite Islamisten. Je weniger die angsterzeugenden Sachverhalte vom einzelnen verstanden und kontrolliert werden können, desto weniger bewirken rationale Argumente und Appelle und um so wirkmächtiger ist Stimmungsmache. Wer Ängste geschickt für seine Zwecke nutzt, kann viel in der politischen Landschaft erreichen.

Von Zeit zu Zeit wundere ich mich über das Vorgehen der Bundeskanzlerin. Sie dürfte damals gewußt haben (oder hätte sich informieren müssen), daß die Reaktorkatastrophe in Fukushima auf einem einfachen, unverständlichen Fehler beruhte, der in Deutschland nicht einmal theoretisch in Betracht kommt, nämlich dem Außerachtlassen von extremen, aber am Ort bereits mehrfach beobachteten Flutwellenhöhen. Wahrscheinlich hatte Dr. Merkel 2011 keine Angst vor einem Nuklearunfall in Deutschland, sondern vor dem Verlust politischer Macht. Sie trat der sogleich von Kernkraftgegnern erhobenen Forderung nach sofortigem Atomausstieg nicht appellierend oder mit beruhigenden Sachaussagen entgegen. Im Gegenteil setzte sie sich an die Spitze der Bewegung zur Umkehr wenige Monate vorher gefaßter Beschlüsse. In ihrer Neujahrsansprache 2015 sagte Dr. Merkel zu Pegida: „Deshalb sage ich allen, die auf solche Demonstrationen gehen: Folgen Sie denen nicht, die dazu aufrufen!“ und Zuwanderung sei „ein Gewinn für uns alle“. Ich erinnere mich nicht an frühere Aufrufe der Exekutive an die Bürger, sich von friedlichen Demonstrationen fernzuhalten. Mit platten Appellen und Gegenbehauptungen dürften sich die auf emotionaler Basis mehr oder minder mit den Zielen von Pegida übereinstimmenden Menschen nicht beeinflussen lassen. Zweifelhaft erscheint mir der Versuch, mit überparteilich organisierten Gegendemonstrationen, die außer in Dresden überall weit mehr Teilnehmer aufwiesen, die Pegida-Demonstrationen zu bekämpfen. (Wenigstens brachte der Demonstrationsaufruf unsere Partei als einzige namentlich in die Nachrichten: „Die im Bundestag vertretenen Parteien und die FDP ...“.) Die ARD verbreitet im Internet (12. Januar 2015): „In Leipzig stellten sich nach Angaben von Oberbürgermeister Burkhard Jung etwa 30.000 Menschen dem ersten Aufmarsch des „Pegida“-Ablegers „Legida“ entgegen, zu dem laut Polizei 4.800 Menschen kamen.“ Soll die Min-

derheit durch Blockaden und Sprechchöre verängstigt werden?

BLICKPUNKT FDP

wird als Mitteilungsblatt herausgegeben vom Bezirksverband Reinickendorf der Freien Demokratischen Partei.

Anschrift: Kurfürstenstr. 56a, 13467 Berlin; Mail: tolksd@hwr-berlin.de

Redaktion: Dr. Michael Tolksdorf

Redaktionstreffen bei Bedarf, grundsätzlich vor den Sitzungen des Bezirksvorstands.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Satz + Layout: M. Tolksdorf

Der BLICKPUNKT FDP wird grundsätzlich elektronisch zugestellt. Änderungen der Mailanschriften bitte gleich mitteilen. Bei Wunsch kann weiterhin die postalische Zustellung erfolgen. Bitte Anmeldung mit Adressenangabe.

Beiträge: Jedes Mitglied der Reinickendorfer FDP ist eingeladen, Beiträge für den BLICKPUNKT zu verfassen. Bitte senden Sie Ihre Beiträge wenn möglich als Worddatei an tolksd@hwr-berlin.de.

Ebenfalls zu denken gibt mir die Berichterstattung der Medien über die Demonstrationen. Die journalistische Grundregel der objektiven Berichterstattung ist aufgehoben. Steckt dahinter die Angst, sich der Sympathie mit Pegida verdächtig zu machen? Selbst die öffentlich-rechtlichen Sender behaupten, es werde „gegen die angebliche Islamisierung“ demonstriert. In keiner Forderung kam aber das Wort „angeblich“ vor. Nie zuvor formulierten die Medien vergleichbar, also etwa: „Die Demonstranten protestierten gegen die angeblichen Gefahren der Kernenergie.“ Mit dem Zusatz „angeblich“ erklärt der Berichterstatter den Gegenstand der Demonstration für nicht existent und macht damit Stimmung gegen die Demonstranten. Aktuell habe ich nicht gehört oder gelesen, daß die Gegendemonstranten gegen die angebliche Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz der Pegida anträten.

Dr. Harald Krebs

TTIP – eine liberale Sicht

Ein aktueller Schwerpunkt der europa- und wirtschaftspolitischen Diskussion ist das zwischen der EU und den USA zu verhandelnde Freihandelsabkommen, das unter dem Namen „Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)“ eine ungeahnte Medienpräsenz erreicht hat. Insbesondere die sich verschiedenen gesellschaftspolitischen Themen zuwendenden Nichtregierungsorganisationen (NGO, wie z.B. attac, Greenpeace) sowie die linken wie rechten Flügel der deutschen Politik haben dem TTIP ihren Kampf angesagt. Wo liegen die Probleme? Was wäre eine liberale Sicht?

Das TTIP ist eine Konsequenz, dass der Welthandel immer noch stärker wächst als das Weltbruttoinlandsprodukt. Die im Rahmen der Globalisierung ausgeweiteten **Wertschöpfungsketten** –vielfach innerhalb von weltweit operierenden Unternehmen – sind Hauptursache einer globalen Verflechtung von Produktion und Transport geworden. Sie sind gleichzeitig die Grundlage einer ständigen Steigerung von Innovation (z.B. die als „**Industrie 4.0**“ bzw. „**Revolution 4.0**“ bezeichnete Digitalisierung der Produktion mit der ‚Massenfertigung individueller Güter‘), internationalem Wettbewerb und Wachstum der Volkseinkommen.

Die Frage ist, ob sich Deutschland und die EU an diesen Entwicklungen beteiligen und Weltmarktführer zur Sicherung von Einkommen und Beschäftigung einbringen, oder sich zurückziehen: Die Wissenschaft spricht hier vom „**Middle Income Trap**“: Länder, die diesen Sprung in hochinnovative Verfahrenstechniken und Produkte nicht schaffen (wollen), bleiben auf dem Niveau einer ausführenden globalen Werkbank stehen.

EU und USA haben sich (auch angesichts der gegenwärtig geringen Fähigkeit der global agierenden Welthandelsorganisation [WTO] zu den freien Handel stärkenden Beschlüssen) entschieden, die **Freihandelszonenklausel der WTO** zu nutzen: Es darf unterschiedliche Geschwindigkeiten geben! Länder, die untereinander Handelshemmnisse abbauen, zu denen andere nicht bereit sind, dürfen das grundsätzlich tun.

Was sind heute Handelshemmnisse? Die Zolltarife sind tatsächlich wegen der bislang guten Arbeit von GATT und WTO seit 1948 auf ein nicht mehr relevantes Maß gefallen. Wenn Handel behindert wird, dann insbesondere wegen der sog. **nichttarifären Handelshemmnisse**, der NTBs („Non-Tariff Barriers to Trade“). Dabei geht es hauptsächlich um handelsbeeinflussende Normen und Regulierungen im Bereich der Umwelt (environment), der Sicherheit (safety), der Nahrungsmittel (food), der Gesundheit (health) und des Finanzverkehrs.

Andererseits spielen angesichts der globalen Wertschöpfungsketten die wechselseitigen **grenzüberschreitenden Investitionen** (Foreign Direct Investment, FDI) eine zunehmend wichtigere Rolle: Mit Investitionen an fremden Standorten gehen Unternehmen besondere Risiken ein, weil sie nicht sicher sein können, aufgrund unerwarteter Sprünge in der Politik enteignungsgleiche Beschränkungen erdulden zu müssen. Das WTO-Prinzip der „Predictability“,

Berechenbarkeit der Handelsbedingungen an fremden Standorten, wird jetzt auch für die legale Investitionstätigkeit gefordert – Anlass für zahlreiche Konflikte und damit der Notwendigkeit, **Konfliktregelungen zwischen Nationalstaaten und internationalen Investoren** zu entwickeln.

Das TTIP versucht als mittlerweile zweites Abkommen (das CETA zwischen Kanada und der EU ist schon weiter verhandelt) eine umfassende Regelung der Beziehungen in Bezug auf den Handel („Trade“) und die internationalen Direktinvestitionen („Investment“) zu erreichen. Es gilt, zu gemeinsamen (Mindest-) Standards und zu Regelungen des Interessenausgleichs zu kommen. Letzteres wird im Fachjargon als ISDS bezeichnet: **Investor-State Dispute Settlement, also Investor-Staat-Schlichtung**.

Ich will je einen typischen Konflikt darstellen: Beim Handel ist das **Chlorhühnchen** zum Typus hochgeflattert! Wie soll man mit der generell unvermeidbaren Salmonellenbelastung von Geflügelrissefleisch umgehen? In den USA mit ihrer generellen Angst vor Keimen („Germs“) will man mit Desinfektion auf Chlorbasis Keime weitmöglichst ausschließen. In Europa gehen wir mit keimbelasteten Lebensmitteln lockerer um; hier haben wir mehr Angst vor Chemikalien. Daher nehmen wir das Frischfleisch, wie es ist, und empfehlen den Verbrauchern entweder kräftiges Durchbraten oder Kühlung mit schnellem Verbrauch, bevor sich die Salmonellen in der Frischcreme stark vermehren können. Was sich in Altersheimen und Kindergärten abspielen kann, wenn man da nicht schnell genug war, kennen Sie alle. Das wäre für die USA absolut nicht akzeptabel. Also, **welche „health and food“ Normen sollen gelten**, damit sich Normenunterschiede nicht zum absoluten Handelsverbot ausweiten? **Denn die NTB wirken rabiater als Zölle!**

Bei den Direktinvestitionen liegen die Probleme hauptsächlich in abrupten **Änderungen staatlicher Rahmensetzungen**. Nehmen Sie als Beispiel die Subventionierung erneuerbarer Energien und die langfristigen Verträge zwischen Investoren und staatlichen Stellen über Investitionshilfen und Einspeiseentgelte. Nachdem Investitionen getätigt wurden, mögen die staatlichen Vertragspartner feststellen, dass die Vertragsgestaltung für sie selbst doch nicht so günstig war. Jedenfalls werden als Folge zugesicherte Steuererleichterungen und Einspeisevergütungen erheblich zurückgefahren, sodass Investoren – wie gerade den Münchner Stadtwerken mit einer Umweltinvestition in Spanien geschehen – nur mit Verlusten aus dem Projekt aussteigen können. Wie

kann hier ein **Interessenausgleich** erreicht werden? Im TTIP wurde angedacht und jetzt wohl verworfen, Streitschlichtungsstellen (denkbar bei der internationalen Handelskammer) einzurichten, die einen Ausgleich herbeiführen sollen. Denn nationale Gerichte könnten, zumal bei Abhängigkeit der Richter vor der sie berufenden nationalen Politik, sehr schnell das Diskriminierungsverbot verletzen und im nationalen Interesse entscheiden.

Gerade die Möglichkeit „privater Schlichtung“ in TTIP-Beratungen führte zu erheblicher Aufregung: Schiedsgerichte könnten privaten Investoren die Profite sichern (also die vereinbarten Einspeiseentgelte für rechtsgültig erklären) und damit die nationalen Steuerzahler belasten. Das könnte die Konsequenz haben, dass **Politikänderungen zu Entschädigungsforderungen** führten, womit ein Widerspruch zwi-

schen Demokratie und Rechtsstaat entstünde, weil das Volk nicht mehr völlig frei entscheiden könne.

Ich gebe zu, dass meine Darstellung von einem **liberalen Verständnis von Wirtschaft und Rechtsstaat** geprägt ist. Meine Ressentiments gegenüber den USA sind auch nicht so ausgeprägt wie bei manchen Diskussionspartnern. Ich begrüße es, dass Handelshemmnisse abgebaut werden sollen, die einzelne Bereiche zu Lasten der Allgemeinheit schützen. Ich bin dafür, dass wir weiterhin eine Gesellschaft hoher Effizienz und großem Grad an Überwindung von Armut bleiben. Ich begrüße die wechselseitigen Investitionen, mit denen immer wieder neues Wissen verbreitet und hoffentlich sinnvoll eingesetzt wird – für freie Entfaltung, für Bildung, Gesundheit und internationalen Ausgleich.

Michael Tolksdorf

Gedenken an Fritz Elsas

Jeden ersten Sonntag im Januar treffen sich Liberale auf Einladung des Kreisverbandes Oberhavel zum Gedenken an Fritz Elsas. Für den Bezirksverband Reinickendorf sind wir, Heidemarie Eller und Margit Klar, der Einladung des Glienicker Bürgermeisters, Dr. Hans Günther Oberlack, am 4. Januar 2015 zur Gedenkstätte des KZ Sachsenhausen/Oranienburg gerne gefolgt



Die Veranstaltung dient nicht nur dem Angedenken eines DDP-Mitglieds, der von April 1931 bis März 1932 der 2. Bürgermeister von Berlin war und der nach seiner Verhaftung im August 1944 direkt nach Oranienburg verbracht und dort am 4. Januar 1945 im KZ Sachsenhausen erschossen wurde, sondern es wird immer auch die Anstrengung unternommen, die Geschichte des 3. Reiches in der Region zu bearbeiten bzw. die Geschichte des KZ Sachsenhausen aufzuarbeiten.

In diesem Jahr wurden die Verbindungen zwischen dem KZ Oranienburg und später dem KZ Sachsenhausen – das sind ganz unterschiedliche Einrichtungen – und der Stadt Oranienburg historisch beleuchtet. Dabei wurden sowohl die Verbindungen der Verwaltung, die sich nicht nur um die Versorgung der Häftlinge kümmern musste, sondern die sich zum Teil als Arbeitsverwaltung von KZ-Häftlingen betätigt hat, erläutert, sondern auch die Verbindung weit in die Bevölkerung hinein. Nicht nur, dass KZ-Häftlinge in örtlichen Unternehmen beschäftigt waren, auch die Märsche der Häftlinge zu ihren Arbeitseinsätzen quer durch die Stadt können der Bevölkerung nicht gänzlich verborgen geblieben sein. Immer wieder interessant sind auch die Gespräche im Anschluss an den offiziellen Teil, hat man doch heute noch die Chance, sich mit Augenzeugen der Zeit zu unterhalten – wie lange noch? Deshalb lassen Sie uns die Zeit nutzen!

H. Eller, M. Klar